

Stellungnahme zur Kundgebung zum Gedenken an die Opfer des GAZA-KRIEGS von 2014 in Freiburg am 21.8.2020



Die Äußerung von Menschenrechtsverletzungen ist nicht mit Antisemitismus gleichzusetzen!

Das Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit ist im deutschen Grundgesetz verankert. Auf dem Platz der Alten Synagoge in Freiburg finden regelmäßig verschiedene Arten von Demonstrationen und Reden statt. Diese reichen von Demonstrationen der *Fridays for Future* Bewegung über Demonstrationen, welche auf die Menschenrechtsverletzungen während der Flüchtlingskrise hinweisen, bis hin zum Gedenken an unsere jüdischen Brüder und Schwestern, die während des Holocausts Leid erfahren haben.

Gerichtsurteil gegen den Versuch der Stadt Freiburg, die Redefreiheit einzuschränken:

Am Freitag, den 21. August, hatte *Palästina Spricht* geplant, zusammen mit anderen palästinensischen Organisationen und Einzelpersonen eine Gedenkveranstaltung für die 1.545 palästinensischen und 5 israelischen zivilen Opfer des Krieges von 2014 in Gaza abzuhalten. Die Gedenkveranstaltung wurde zwei Wochen im Voraus von der Stadt Freiburg genehmigt.

Am Tag der Veranstaltung um 14 Uhr, lediglich fünf Stunden vor dem geplanten Beginn der Veranstaltung, beschloss die Stadt Freiburg nach öffentlicher Kritik der Jüdischen Gemeinde und Egalitären Gemeinde in Freiburg, uns das Recht auf die friedliche Versammlung auf dem Platz der Alten Synagoge für diese Veranstaltung zu entziehen. Sie schlug vor, die Veranstaltung in ein weniger stark frequentiertes Gebiet in Freiburg zu verlegen, wodurch die mögliche Reichweite der Veranstaltung eingeschränkt worden wäre.

Dies stellte allerdings eine direkte Verletzung der Gleichberechtigung aller Freiburger Bürger*innen dar. Die Erklärung der Stadt Freiburg basierte auf der falschen Behauptung, dass die Veranstaltung in Richtung der Unterstützung des sekundären Antisemitismus gehen könnte. Wir möchten betonen, dass die Äußerung von Menschenrechtsverletzungen jeglicher Art nicht gleichbedeutend mit Antisemitismus ist. Wir sind eine Organisation, die sich für Menschenrechte und gegen jede Form des Rassismus, inklusive des Antisemitismus, einsetzt.

Was die Stadt Freiburg angeht, so fanden wir es äußerst verletzend, dass unbegründete Annahmen und Anschuldigungen ausreichend waren, um den Versuch zu unternehmen, unsere Grundrechte einzuschränken. Wir bedauern sehr, dass die Stadt Freiburg auf Basis dieser Annahmen und Anschuldigungen gehandelt hat, ohne weitere Untersuchungen anzuordnen oder Fakten nachzugehen.

Während der gesamten Demonstration am 21. August betonten wir immer wieder, dass „wir [...] nicht hier [sind], um den Schmerz des Holocaust mit dem Leid der Palästinenser zu vergleichen, und [dass] wir

verstehen, dass jeder Schmerz auf seine eigene Weise schmerzt. Wir sind hier, um Sie zu bitten, den palästinensischen und israelischen zivilen Opfern des Gaza-Krieges von 2014 Respekt zu zollen“.

Daher ist es sehr bedauerlich und für uns unverständlich, dass die Stadt Freiburg beschloss, ihre Genehmigung für eine friedliche Versammlung auf dem Platz der Alten Synagoge zurückzuziehen, nachdem sie mit unangemessenen Argumenten, wie zum Beispiel:

- „Der Platz der Alten Synagoge ist für Palästinenser*innen nicht der richtige Ort, um den zivilen Opfern des Gaza-Krieges von 2014 zu gedenken“, oder
- „Das Gedenken an die palästinensischen Opfer unter der Zivilbevölkerung könnte zu sekundärem Antisemitismus eskalieren.“

konfrontiert wurde.

Das kurze Zeitfenster, welches uns die Stadt Freiburg ließ, machte eine gerichtliche Überprüfung unseres Anliegens fast unmöglich. Wir freuen uns sehr, dass das Verwaltungsgericht rechtzeitig zu unseren Gunsten entschied, sodass wir den palästinensischen und israelischen Zivilopfern des Gaza-Krieges 2014 wie geplant friedlich gedenken konnten. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass es nicht rechtmäßig ist, das Recht auf friedliche Versammlung auf dem Platz der Alten Synagoge in Freiburg allein aufgrund der Herkunft der Organisator*innen (palästinensisch) und der falschen Behauptung und Annahme, dass diese antisemitisch eingestellt sein könnten, einzuschränken.

Unausgewogener Journalismus - Badische Zeitung

Auf ähnliche Weise warf Herr Joachim Röderer, ein Journalist der Badischen Zeitung, uns vor, wir hätten uns den „völlig falschen Ort“ für unsere Gedenkveranstaltung ausgesucht, anstatt nach Details der Veranstaltung zu fragen und sich darüber zu erkundigen, welche Inhalte wir vermitteln wollten. Wir luden ihn daher zu der Veranstaltung ein, damit er sich unsere Botschaft anhören konnte.

Unsere Antwort an Herrn Röderer lautet, dass die Freiheit der friedlichen Versammlung ein im deutschen Grundgesetz verankertes Recht ist, welches für alle Bürger*innen gilt. Eine Einschränkung für Teile der Bevölkerung würde den faschistischen Gedanken anregen, die Rechte bestimmter Minderheiten einzuschränken, um die Freiheit der Mehrheit zu gewährleisten.

Stattdessen bat uns Herr Röderer am 20. August um eine Stellungnahme zu seiner persönlichen Ansicht, dass wir den falschen Ort für unsere Veranstaltung gewählt hätten, sowie zu unserer Haltung zu der Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (BDS). Wir haben eine derartige Stellungnahme abgelehnt, da es bei der Veranstaltung nicht um BDS ging und wir wie alle, die bisher auf dem Platz der Alten Synagoge demonstriert haben, das Recht besitzen, dasselbe zu tun wie alle gesetzestreuenden Einwohner*innen und Bürger*innen Deutschlands.

Offenbar war die Badische Zeitung bei der Kundgebung anwesend, denn sie veröffentlichte einen Artikel über die Kundgebung (<https://www.badische-zeitung.de/eilentscheid-palaestina-demo-nun-doch-auf-platz-der-alten-synagoge>), in welchem sie erwähnte, dass das Freiburger Verwaltungsgericht unser Recht auf friedliche Versammlung und Meinungsäußerung auf dem Platz der Alten Synagoge bestätigt hatte. Es ist jedoch bedauerlich, dass die Zeitung keine Anstrengungen unternommen hat, mit den Organisator*innen zu den Inhalten und Gründen der Veranstaltung zu sprechen. Stattdessen sprach sie ausschließlich mit der

Polizei und Sprechern der Jüdischen Gemeinde Freiburg. Sie behandelte uns, als wären wir Verdächtige eines mutmaßlichen Verbrechens und zogen uns gleichzeitig für dieses nicht existente Verbrechen zur Rechenschaft. Wir hätten sehr gerne mit der Badischen Zeitung gesprochen, um ihnen darzulegen, in welchem hohem Maße wir für Frieden, Menschenrechte, Umweltgerechtigkeit, Gleichberechtigung für LGBTQ und viele weitere Werte einstehen.

Wer wir wirklich sind!

Das Schmerzliche hierbei ist für uns, dass wir als Palästinenser*innen immer wieder Fragen zu Holocaust-Leugnung und Antisemitismus beantworten müssen. Wir finden dies und den schwerwiegenden Vorwurf der Holocaust Relativierung absurd, da der Holocaust durch das deutsche Naziregime stattfand und Antisemitismus als beklagenswerte Denkschule ihren Ursprung in Europa und nicht im Nahen Osten fand. Tatsächlich sahen die Palästinenser*innen im Naziregime eine weitere Gefahr, die sich von Europa aus dem Nahen Osten näherte. Auf dieses Risiko haben die Palästinenser*innen reagiert, indem sie dem alliierten Widerstand 12.000 Soldaten gegen den Nazismus in Europa opferten. Viele dieser Soldaten kämpften Seite an Seite mit ihren jüdischen Kameraden. Dies war ein großes Opfer für ein armes Land mit ca. 1 Million Einwohnern, welches zu jener Zeit vom Britischen Reich besetzt war .

Wir bei Palästina Spricht setzen uns für die Menschenrechte der Palästinenser*innen und aller anderen Menschen ein und sind gegen jegliche Form des Rassismus und Diskriminierung.

Wir sind dem Verwaltungsgericht für die Wahrung unserer Rechte sowie den vielen Freiwilligen, die uns bei der Organisation, Verwaltung und Durchführung des Gedenktages geholfen haben, dankbar. Unsere Herzen sind bei den vielen Opfern, die seit dem Gaza-Krieg von 2014 gestorben sind. Wir hoffen, dass dies das letzte Mal war, dass wir die Namen derer vorlesen müssen, die irgendwo auf der Welt Opfer von Menschenrechtsverletzungen geworden sind.

Gegenwärtig betrachten die Vereinten Nationen den Gazastreifen als unbewohnbar. Den Kraftwerken, Krankenhäusern und Wasseraufbereitungsanlagen ist aufgrund der Schließung des Warenübergangs in den Gazastreifen durch das israelische Militär der Brennstoff ausgegangen, 97% des Süßwassers ist nicht trinkbar und die Fischerei im Mittelmeer ist für alle palästinensischen Fischer von Israel verboten worden. Das Mindeste, was wir für die Menschen in Gaza in dieser unmenschlichen Situation tun können, ist es, unsere menschliche Solidarität zu zeigen.

Quelle:

https://www.facebook.com/PalastinaSpricht/posts/1175962379454179?__tn__=K-R

Website von *Palästina Spricht*: <https://www.palaestinaspricht.de/>

Kommentar auf der Facebook-Seite von Jüdische Stimme für gerechten Frieden auf der nächsten Seite...

Kommentar auf der Facebook-Seite von Jüdische Stimme für gerechten Frieden:

6 Jahre nach dem schrecklichen Angriff auf Gaza im Jahr 2014 wissen wir, dass die Menschen in Gaza weiterhin unter harten Bedingungen und Gewalt leben. Wir finden es empörend, dass sich Palästinenserinnen und Palästinenser an das Verwaltungsgericht wenden mussten, um ihre Grundrechte in Anspruch nehmen, der Opfer von Krieg und Gewalt gedenken und gegen Menschenrechtsverletzungen protestieren zu können .

Deutsche Institutionen müssen anerkennen, dass die jüdischen Gemeinden nicht monolithisch sind und ihre Mitglieder unterschiedliche politische Meinungen haben. Offensichtlich fühlten sich Teile der jüdischen Gemeinde in Freiburg mit diesem Ereignis unwohl, und das ist ihr Recht. Dieses Unbehagen ist jedoch kein Grund, die Grundrechte von Palästinensern und anderen Gruppen in Deutschland zu verletzen, sie zu zensieren und zum Schweigen zu bringen. Ironischerweise werden auch Juden und jüdische Organisationen durch Zensur und Verschweigen in ihrer Meinungsfreiheit in Bezug auf Palästina und die israelische Politik eingeschränkt. Wir begrüßen die Entscheidung des Gerichts, die das Recht auf Meinungsfreiheit bestätigt hat. Wir erinnern uns an alle Opfer des Angriffs auf Gaza und setzen uns weiterhin für ein Ende der Menschenrechtsverletzungen und für einen gerechten Frieden ein.

<https://www.facebook.com/12juedischestimme/posts/6-jahre-nach-dem-schrecklichen-angriff-auf-gaza-im-jahr-2014-wissen-wir-dass-die/3335285953200280/>